

**Motion Fraktion GB/JA! (Lea Bill, JA!/Leena Schmitter, GB): Jetzt endlich ein wissenschaftlicher Pilotversuch für den kontrollierten Cannabisverkauf!**

Das Verbot des Cannabiskonsums ist Ausdruck einer blockierten schweizerischen Drogenpolitik und kriminalisiert Tausende, vor allem junge Menschen. Diese verkehrte Politik kostet viel Geld, das besser für die Prävention ausgegeben würde. Die Städte sind von dieser fehlgeleiteten Politik besonders betroffen. Insbesondere nach der gescheiterten Legalisierung 2008, welche die Prävention vereinfacht und eine bessere Kontrolle ermöglicht hätte, besteht dringender Handlungsbedarf im Umgang mit Cannabis.

Die Stadt Bern war lange bekannt für ihre fortschrittliche Drogenpolitik, deshalb sollte sie sich auch vermehrt für einen vernünftigen Umgang mit dem Cannabiskonsum einsetzen. Trotzdem hat der Gemeinderat im Bericht zum interfraktionellen Postulat von den Fraktionen GB/JA!, SP/JUSO, GLP und BDP/CVP „Wissenschaftlicher Pilotversuch: Für einen vernünftigen Umgang mit Cannabis“ klar gemacht, dass er unter dem bestehenden Betäubungsmittelgesetz nicht bereit ist, einen wissenschaftlich begleiteten Pilotversuch für den Verkauf von Cannabis durchzuführen.

Allerdings hat der Gemeinderat im gleichen Bericht auch festgehalten, dass er die Möglichkeiten eines Pilotversuchs nochmals prüft, falls die Städte Zürich oder Basel in ihren rechtlichen Abklärungen zum Schluss kommen, dass ein solcher Pilotversuch auch unter dem heutigen Betäubungsmittelgesetz möglich ist.

Nun kam eine Arbeitsgruppe der Städte Zürich und Basel zum Schluss, dass ein wissenschaftliches Projekt sehr wohl möglich wäre. Zudem hat sich die Zürcher Gesundheitsvorsteherin auf nationaler Ebene beim Bundesrat dafür stark gemacht, dass endlich ein Pilotprojekt auf nationaler Ebene durchgeführt wird.

Der Weg zu einem wissenschaftlich begleiteten Pilotversuch für den kontrollierten Verkauf von Cannabis ist also geebnet und es ist höchste Zeit, dass die Stadt Bern sich in die Überlegungen und Projekte einklinkt und mitzieht. Der Stadtrat hat dem Gemeinderat dazu mehrfach den Rücken gestärkt.

Die Unterzeichnenden fordern deshalb vom Gemeinderat, dass er

1. gegenüber den Städten Basel und Zürich sowie gegenüber dem Bundesrat sein Interesse bekundet, an einem solchen Pilotprojekt teilzunehmen
2. sich mit den anderen Städten dafür stark macht, dass ein solches Pilotprojekt überhaupt in die Tat umgesetzt wird und dies in nützlicher Frist
3. sich darum bemüht, in die interdisziplinäre Arbeitsgruppe der Städte Basel und Zürich aufgenommen zu werden, welche einen möglichen Pilotversuch für den kontrollierten Cannabisverkauf skizzieren
4. den Stadtrat mittels eines Zwischen- und eines Endberichts über die getroffenen Massnahmen und Auswirkungen informiert.

*Begründung der Dringlichkeit*

Die Abklärungen zu einem möglichen Pilotversuch sind bereits in vollem Gange und damit die Stadt Bern auch wirklich mitreden kann, muss der Entscheid des Gemeinderates bzw. des Stadtrates möglichst schnell gefällt werden. Basel und Zürich arbeiten bereits zusammen, die Stadt Bern muss in die Arbeit einbezogen werden.

Bern, 10. Januar 2013

*Erstunterzeichnende: Lea Bill, Leena Schmitter*

*Mitunterzeichnende:* Stéphanie Penher, Franziska Grossenbacher, Esther Oester, Mess Barry, Cristina Anliker-Mansour, Judith Gasser, Christine Michel, Sabine Baumgartner, Christa Ammann, Luzius Theiler, Rolf Zbinden, Martin Schneider, Philip Kohli, Claudio Fischer, Michael Köpfli

### **Antwort des Gemeinderats**

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung beim Gemeinderat.

Der Gemeinderat teilt die Meinung der Motionärinnen und Motionäre, dass Cannabiskonsumtinnen und -konsumenten unter der aktuellen Gesetzgebung unnötig kriminalisiert werden. Die Entkriminalisierung des Konsums und die Regulierung des Verkaufs von Cannabisprodukten würden die Prävention und Kontrolle im Umgang mit Cannabis verbessern.

Der Gemeinderat unterstützt deshalb die Bestrebungen der Stadt Zürich. Dort hat der Stadtrat zwar in seiner Antwort auf das Postulat betreffend Pilotversuch für den kontrollierten Verkauf von Cannabis vom 26. September 2012 festgehalten, dass ein solcher Pilotversuch unter den bestehenden rechtlichen und bewilligungstechnischen Bedingungen nicht realisierbar ist. Nach Ansicht des Zürcher Stadtrats sollen jedoch - in einem breit angelegten, nationalen Forschungsprojekt unter der Führung eines anerkannten Forschungsteams - die unterschiedlichen Fragen geklärt werden, die in der Auseinandersetzung mit den diversen parlamentarischen Vorstössen rund um den Verkauf und den Konsum von Cannabisprodukten entstanden sind und deren Klärung aus wissenschaftlicher und drogenpolitischer Sicht durchaus sinnvoll und notwendig erscheinen; beispielsweise welche gesundheitlichen Folgen der Konsum von mit Nebenprodukten verunreinigtem Strassencannabis hat oder welche gesundheitlichen Folgen mit der regelmässigen Einnahme von Cannabis über längere Zeit verbunden sind. In diesem Sinne beabsichtigte - gemäss Stadtrat - das Gesundheits- und Umweltdepartement der Stadt Zürich an das Bundesamt für Gesundheit zu gelangen, um die erwähnte nationale Studie anzuregen und die Mitarbeit anzubieten.

Es geht demnach bei dem von der Stadt Zürich angeregten Forschungsprojekt nicht um einen wissenschaftlichen Pilotversuch für den kontrollierten Cannabisverkauf, sondern darum, die Grundlagen rund um den Konsum von Cannabis zu erforschen. Solche Forschung kann nach Ansicht des Gemeinderats dazu beitragen, die Diskussion rund um die Entkriminalisierung des Konsums und Verkaufs von Cannabis zu versachlichen und voranzutreiben. Auf Wunsch können die Fachstellen der Stadt Bern ihr Know-how in das Forschungsprojekt einbringen, eine finanzielle Beteiligung der Stadt Bern am Zürcher Forschungsprojekt erachtet der Gemeinderat jedoch als weder möglich noch notwendig.

#### *Folgen für das Personal und die Finanzen*

Das Forschungsprojekt steht noch ganz am Anfang. Angaben über Inhalt, Umfang, Zeitrahmen und Finanzierung können zum jetzigen Zeitpunkt nicht gemacht werden. Für die Stadt Bern resultierten keine personellen und finanziellen Konsequenzen.

**Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 12. Juni 2013

Der Gemeinderat